

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)**

vom 01. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Dezember 2020)

zum Thema:

**Vorhalteflächen für den 17. Bauabschnitt der A100 als Verunmöglichung nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik?**

und **Antwort** vom 15. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Dez. 2020)

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Schlüsselburg (Linke)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25776**

**vom 1.Dezember 2020**

**über Vorhalteflächen für den 17. Bauabschnitt der A 100 als Verunmöglichung nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik?**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg um Stellungnahme gebeten, die leider von dort noch nicht dem Senat übermittelt wurde.

Frage 1:

Wie viele Anfragen von privaten oder öffentlichen Bedarfsträgern hat es für jeweils welche Bau- oder Nutzungsvorhaben (z.B. Wohnungsbau, Schienenverkehrszwecke, Schul- und Kitabau, gewerbliche, kulturelle) in den vergangenen zehn Jahren gegeben, die sich auf Vorhalteflächen für den geplanten 17. Bauabschnitt der Bundesautobahn A100 beziehen (bitte einzeln und jeweils nach Jahren auflisten)?

Antwort zu 1:

Im Rahmen der Informationspflicht gemäß § 17 Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) wurde die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz durch die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bei folgenden Bauvorhaben beteiligt:

2013: An den Treptowers, Strandbar, temporär genehmigt

2017: Kietzer Weg 18, temporäre Halle, genehmigt

2017: Am Containerbahnhof, Trafostation DB AG, zugestimmt

2018: Markgrafendamm 7-10, Wohngebäude, zugestimmt

2018: Markgrafendamm 7-10, Wohngebäude, genehmigt

2019: Alt-Stralau 70/Markgrafendamm 1-2, Wohn- und Geschäftshaus, genehmigt

2020: Eisenstraße 115, vorhabenbezogener B-Plan, in Aufstellung

2020: Markgrafendamm 4, Wohnhaus, vsl. Genehmigt

Frage 2:

Wie viele der vorbezeichneten Anfragen wurden durch welche zuständige Stelle jeweils mit welchem Ergebnis auf welcher Rechtsgrundlage beantwortet bzw. beschieden?

Antwort zu 2:

Die Bescheidung der jeweiligen Bauanträge erfolgt durch das zuständige Bezirksamt. Die Beteiligung der Senatsverwaltungen erfolgt im Rahmen der Verpflichtung des § 17 AGBauGB (Informationspflicht, gesamtstädtisches Interesse).

Die Prüfung des gesamtstädtischen Interesses bezog sich in den unter 1. genannten Bauvorhaben auf die Flächennutzungsplanung und die darin enthaltene Darstellung der Trasse der A 100. In allen Fällen waren gesamtstädtische Interessen zwar berührt, die beantragten Bauvorhaben widersprachen diesen jedoch nicht.

Berlin, den 15.12.2020

In Vertretung

Ingmar Streese  
Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz